
Interpellation der SP-Fraktion vom 20. September 2004
Interpellation Boppart-Andwil vom 20. September 2004
Interpellation Blum-Mörschwil / Gächter-Heerbrugg / Götte-Steinach vom 20. September 2004
(Wortlaut anschliessend)

Jugend und Sport

Schriftliche Antwort der Regierung vom 5. Oktober 2004

In drei Interpellationen werden im Zusammenhang mit einem Stellenabbau im Amt für Sport Fragen zu Jugend und Sport gestellt. Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Der Bund zahlt den Kantonen Beiträge an Jugend und Sport (J+S), einerseits an die Vereinsangebote andererseits an die Kaderkurse. Dem Kanton St.Gallen werden zur Zeit jährlich an die Vereinsangebote rund 2,8 und an die Kaderkurse rund 0,6 Mio. Franken bezahlt. In letzterem Betrag sind rund 0,35 Mio. Franken für die Kursadministration enthalten.

Der Bundesrat beschloss, den Teilbeitrag an die Kursadministration J+S zu reduzieren und auf das Jahr 2005 ganz einzustellen. Sowohl die Regierung des Kantons St.Gallen als auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) haben dem Bundesrat unmissverständlich signalisiert, dass die Kantone nicht in der Lage sind, die Lücken in der Finanzierung der Kursadministration J+S durch eigene Mittel zu füllen.

2. Im Rahmen des Massnahmenpaketes 2004 zur dauerhaften Entlastung des Staatshaushaltes beauftragte der Kantonsrat die Regierung unter anderem damit, eine Strukturreform der kantonalen Verwaltung vorzunehmen, wobei diese so anzugehen sei, dass eine möglichst grosse Entlastungswirkung schon ab dem Jahr 2005 erzielt werden könne.

Um das Abbaupotential gemäss Vorgabe des Kantonsrates zu erschliessen, hat die Regierung im ersten Halbjahr 2004 eine Tätigkeitsanalyse durchführen lassen. Am 7. September 2004 hat sie auf deren Grundlage die abzubauenen Stellen bestimmt. Dazu gehört auch die Stelle des Abteilungsleiters J+S im Amt für Sport. Nachdem der Bund angekündigt hatte, seine Beiträge an die administrative Betreuung der J+S-Kurse zunächst zu kürzen und schliesslich ganz einzustellen, wäre es unverantwortlich gewesen, beim Stellenabbau, wie ihn das Kantonsparlament verlangt, die Administration der J+S-Kurse unangetastet zu lassen. Ansonsten wäre dem Kanton statt der verlangten Einsparung ein Mehraufwand in der Höhe der Kompensation des weggefallenen Bundesbeitrags erwachsen.

3. Dass mit der Aufhebung der Abteilungsleitung Jugend und Sport (J+S) ein ausgewiesener Fachmann sein bisheriges Berufsfeld verliert, ist bedauerlich. Die Massnahme ist indessen nach dem Gesagten unumgänglich. Die Sparvorgaben des Kantonsrates im Personalbereich haben einschneidende Konsequenzen. Immerhin ist festzuhalten, dass der Besitzstand des betroffenen Abteilungsleiters als Kaderangestellter des Kantons gewahrt wird: Dieser tritt im Herbst 2004 ein berufsbegleitendes Studium zum Berufsschullehrer für allgemeinbildende Fächer an und wird ab dem Schuljahr 2006/07 für entsprechenden Unterricht voll einsatzfähig sein. Im Übergang erteilt er in reduziertem Umfang Unterricht, wobei ihm (unter Rückerstattung des Gegenwertes des erteilten Unterrichts durch die Schulen) der bisherige Lohn ausbezahlt wird; dies in Vollzug eines Rahmen-Massnahmenplans, den die Regierung flankierend zum Stellenabbau beschlossen hat.

4. Entsprechend der Streichung des Bundesbeitrags für die J+S-*Administration* ist mit dem *Stellen-Abbau* nicht ein *Kurs-Abbau* verbunden. Die Aufhebung der Abteilungsleitung J+S führt nicht dazu, dass J+S-Kurse entfallen. Sie hat auch keinerlei Schmälerung in der Ausbildung des Kurskaders zur Folge. Um dies sicherzustellen ist folgendes vorgekehrt worden:

- Einerseits wird die Verantwortung des bisherigen Abteilungsleiters J+S für die Kursadministration dem bisherigen Leiter des Amtes für Sport übertragen. Damit dieser seine neue Aufgabe erfüllen kann, wird er von der Leitung des Amtes entbunden. Die Leitung des Amtes für Sport geht an den Leiter des Amtes für Mittelschulen über, der damit zwei Ämtern vorsteht. Der neue Amtsleiter wird den bisherigen Amtsleiter von den nicht primär fachbezogenen Führungs-, Koordinations- und Repräsentationsfunktionen entlasten, womit der bisherige Amtsleiter den nötigen Freiraum zur Führung der Kursadministration gewinnt.
- Da der bisherige Amtsleiter den bisherigen Abteilungsleiter J+S nicht in vollem Umfang ersetzen kann, sondern weitere fachliche Aufgaben im Amt erfüllen muss, sind andererseits in der Kursadministration selbst gewisse Abstriche unumgänglich. Diese erfolgen vorab durch eine Reduktion der Präsenz des Amtes für Sport (bzw. der bisherigen Abteilung J+S) an den J+S-Kursen selbst. Diese Präsenz war zwar bislang wünschbar, indessen nicht zwingend erforderlich. In Zukunft hat sich das Amt für Sport grundsätzlich auf die Koordination und Mitorganisation der Kurse im Vorfeld zu beschränken und auf deren unmittelbare Begleitung während der Durchführung selbst zu verzichten. Im Übrigen sind rein organisatorische Arbeiten ausschliesslich durch nicht sportfachlich ausgebildete Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zu erledigen.

5. Vor diesem Hintergrund erübrigt es sich, auf die Fragen in den Interpellationen, die sich auf einen befürchteten Qualitätsabbau bei der Sportförderung im Allgemeinen und bei den J+S-Kursen im Besonderen beziehen, näher einzugehen. Die Förderung des Breitensports als sinnvolle Freizeitbeschäftigung, als Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention, als Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und als Fundament für alterssportliche Aktivitäten wie etwa "Aktiv 50+" ist und bleibt ein vordringliches Anliegen der Regierung. Dabei ist weiterhin auf das ehrenamtliche Engagement der St.Galler Bevölkerung im Rahmen der Sportvereine zu bauen. Die Regierung ist für dieses ausserordentlich dankbar und geht mit Blick auf die Verhältnismässigkeit davon aus, dass es durch den Abbau einer einzigen administrativen Stelle, der zudem durch die skizzierten Massnahmen zu einem erheblichen Teil kompensiert wird, nicht in Frage gestellt sein kann. Die Jugend und die übrige sporttreibende Bevölkerung im Kanton St.Gallen spürt vom Stellenabbau kaum etwas, sondern kann weiterhin ungeschmälert von den kantonalen Massnahmen zur Förderung ihrer sportlichen Aktivitäten und damit ihrer Gesundheit zählen.

6. Am 1. November 2004 nimmt im Amt für Sport ein neu angestellter Sachbearbeiter seine Arbeit auf. Er löst zwei teilzeitlich beschäftigte Mitarbeitende ab und vereint deren Funktion in Personalunion. Er besorgt zum einen die Geschäftsführung im Projekt "Integration und Partizipation im Sportverein (Sport-verein-t)", die durch Bundesbeiträge und besondere kantonale Kredite zur Förderung der interkulturellen Integration sowie durch Beiträge der Interessengemeinschaft [IG] Sport-Toto finanziert wird. Andererseits führt er die Geschäftsstelle des Sport-Totos, die durch die IG Sport-Toto finanziert wird. Die Personalunion für die beiden teilzeitlichen Funktionen erlaubte es, eine qualifizierte Persönlichkeit zu gewinnen, die nicht nur die genannten spezifischen Aufträge, sondern auf Grund freigesetzter Synergien noch weitere Aufträge im Amt für Sport erfüllen kann.

7. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass kein Abbau erfolgt und kein Grund besteht, auf den Entscheid zurückzukommen.

5. Oktober 2004

Wortlaut der Interpellation 51.04.48

Interpellation SP-Fraktion: «Stellenabbau im Amt für Sport gefährdet Qualität der ehrenamtlichen Arbeit

Im kantonalen Amt für Sport soll per Ende Dezember die Stelle des Abteilungsleiters Jugend & Sport gestrichen und der Amtsinhaber trotz sehr guter und effektiver Arbeit entlassen werden. Dies als Folge der Kürzungen von Fördergeldern durch den Bund im Umfang von 240'000 Franken. Andere Kantone, insbesondere aus der Ostschweiz, streichen trotz Kürzung der Bundesgelder keine Stellen im Bereich der Kursorganisation für Jugend & Sport, sondern erzielen die Einsparungen mit anderen Massnahmen. Dies ist auch im Kanton St.Gallen möglich. Es liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie der grösste Teil der Kürzungen durch interne Sparmassnahmen aufgefangen werden könnte.

Sport bietet ein grosses Potential in der Gewalt- und Sucht-Prävention, fördert die Integration und ist eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die ehrenamtliche Arbeit ist in den Sportvereinen riesig und für unsere Gesellschaft unentbehrlich. Damit Trainerinnen und Trainer ihrer wichtigen Aufgabe gerecht werden können und gestärkt und unterstützt werden, ist deren Ausbildung wesentlich. Dass nun ausgerechnet im Bereich der Jugendförderung derart gespart wird, ist absolut unsinnig und kontraproduktiv. Die Ausbildungstätigkeit im (Jugend)Sport erzielt einen sehr hohen Wirkungsgrad. Sparmassnahmen, die die Freiwilligenarbeit derart tangieren, setzen falsche Zeichen und sind fatal. Denn unsere Gesellschaft ist auf motivierte und gut ausgebildete Trainerinnen und Trainer sowie Leiterinnen und Leiter angewiesen. Gleichzeitig geht in der Ausbildung grosses Fachwissen verloren, denn der Stelleninhaber leistete hervorragende Arbeit weit über die Kantonsgrenzen hinaus.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist die Aufhebung der Stelle Abteilungsleiter Jugend & Sport mit grosser Wirkung in der Gewalt- und Suchtprävention und Integration vereinbar?
2. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen der Stellenaufhebung auf die ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsleiterinnen und -leiter und auf die Sportbewegung insgesamt?
3. Wie will die Regierung die Ausbildung von Trainerinnen und Trainern sowie die Expertenbetreuung und -beratung ohne Qualitätseinbusse sicherstellen?
4. Wie stellt die Regierung sicher, dass das grosse Know-how und Beziehungsnetz des Abteilungsleiters erhalten bleibt?
5. Sieht die Regierung Möglichkeiten, den Erhalt der Stelle in Zusammenarbeit mit den anderen Ostschweizer Kantonen sicherzustellen?»

20. September 2004

Wortlaut der Interpellation 51.04.52

Interpellation Boppart-Andwil: «<Sport im Alter> ohne <Jugend und Sport> ?

Während im Kanton St.Gallen eine Kommission ins Leben gerufen wurde, die unter dem Titel <Aktiv 50+> ein Konzept im Bereich Erwachsenen- und Seniorensport erarbeitet hat, ist dem <Tagblatt> vom 11. September 2004 zu entnehmen, dass die Stelle für <Jugend und Sport> im Sportamt ersatzlos gestrichen wird.

Gesundheit und Wohlbefinden stehen auf der Wunschliste vieler Menschen. Genügend Bewegung ist einer der zentralen Schlüssel dazu. Obwohl die gesundheitspolitische und damit auch die ökonomische Bedeutung von Bewegung und Sport unbestritten ist (Prävention), wird die regelmässige Bewegungsaktivität als Gesundheitsquelle unterschätzt und die entsprechenden Schlussfolgerungen individuell und kollektiv werden zuwenig konsequent gezogen. Bewegungsmangel ist so schädlich wie das Rauchen, tritt aber viel häufiger auf und wird naturgemäss nicht als Mangel empfunden. Der volkswirtschaftliche Schaden des Bewegungsmangels, der sich in Folgekosten im Gesundheitswesen niederschlägt, ist enorm. Ziel von <Aktiv 50+> ist es deshalb, den Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung zu erhöhen. Dies aber auch im klaren Bewusstsein, dass mit den Sportaktivitäten Integration, dauerhafte soziale Bindung, gesellschaftliche Akzeptanz und Identität mit der Bewegungsgemeinschaft verbunden sind, mithin also wichtige gesellschaftspolitische Anliegen.

Dem <Sport im Alter> muss aber der <Sport in der Jugend> vorausgehen. Auf Grund dieser Tatsache bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Regierung der Ansicht, Sport nicht mehr besonders wichtig nehmen zu müssen, obwohl dieser alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten betrifft?
2. Wie lässt sich ein Stellenabbau im <J+S>-Bereich begründen, wenn gleichzeitig wichtige Projekte wie <Aktiv 50+> und <aktive Kindheit> vorangetrieben werden sollten?
3. Mit dieser Massnahme wird den ehrenamtlichen Leiterinnen und Leitern durch den verloren gegangenen Service des Amtes für Sport mehr Arbeit zugemutet. Befürchten die Sportvereine nicht zu Recht, dass sich noch weniger (oder im schlimmsten Falle gar keine) junge Leute mehr zu Leiterinnen und Leitern ausbilden lassen und sich den Vereinen und damit auch der Gesellschaft ehrenamtlich zur Verfügung stellen?
4. Ist die Anerkennung dieser Menschen mit ihrer freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeit durch die Politik und damit auch durch die St.Galler Regierung blosses Lippenbekenntnis?
5. Macht es Sinn ohne entsprechend guten Unterbau (J+S) Projekte wie <Aktiv 50+> weiter zu führen?
6. Welche Projekte, Leistungen und Arbeiten können wegen des Stellenabbaus im Amt für Sport nicht mehr weiter betreut oder verfolgt werden? Mit welcher Qualitätseinbusse ist zu rechnen und wie werden diese nach aussen kommuniziert?»

20. September 2004

Wortlaut der Interpellation 51.04.57

Interpellation Blum-Mörschwil / Gächter-Heerbrugg / Götte-Steinach: «Jugend und Sport im Kanton St.Gallen

Der Bund hat die Förderbeiträge für Jugend + Sport gestrichen. Die St.Galler Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass eine ungeschmälerete Weiterführung der J+S Dienstleistungen auf Kosten des Kantons statt des Bundes nicht in Frage kommen kann und will die Stelle des J+S Abteilungsleiters streichen.

Obwohl allen bewusst ist, dass der Kanton sparen muss, ist dieser Entscheid nicht nachvollziehbar. Das Amt für Sport wäre sogar bereit, durch interne Massnahmen, respektive Mehreinnahmen, zwei Drittel des zur Diskussion stehenden Betrages von Fr. 240'000.– einzubringen.

Die Regierung hat schon mehrmals den Breitensport als Mittel zur Jugendförderung mit hoher Präventivwirkung und als sinnvolle Freizeitgestaltung hervorgehoben. Die Integration Jugendlicher in einem Sportverein war noch nie so wichtig wie heute.

Die Regierung wird eingeladen, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche konkreten Auswirkungen hat die Massnahme auf Sportvereine mit ausgebildeten J+S Leitern?
2. Was unternimmt die Regierung, um den mit der Stellenaufhebung entstehenden qualitativen Einbruch im J+S Wesen aufzufangen?
3. Wie ist unter den gegebenen Umständen die kürzliche Schaffung einer neuen kombinierten 100-Prozent-Stelle Amt für Sport / Interessengemeinschaft St.Galler Sportverbände zu begründen?
4. Wo steht der Kanton St.Gallen nach der durchgesetzten Massnahme im Bereich der J+S Förderung im Vergleich zu den benachbarten Kantonen?
5. Ist die Regierung bereit, auf ihren Entscheid zurückzukommen?»

20. September 2004